

Apple greift nach Kopfhörer-Firma

CUPERTINO sda. Apple soll vor der grössten Übernahme der Firmengeschichte stehen: Demnach bietet der US-Elektronikkonzern 3,2 Milliarden Dollar für die kalifornische Firma Beats Electronics, welche die Trendkopfhörer Beats by Dr. Dre herstellt. Dr. Dre ist ein erfolgreicher US-Rapper und Musikproduzent und heisst mit bürgerlichem Namen André Young. Er gründete zusammen mit dem Musikmanager Jimmy Iovine 2006 das Unternehmen Beats Electronics.

Apple unter Zugzwang

Apple könnte es denn auch gar nicht so sehr auf die Kopfhörer selbst abgesehen haben, sondern vielmehr auf den rasant wachsenden Markt für das Streamen von Musik aus dem Internet. Beats ging Anfang des Jahres mit einem hoch gelobten Dienst an den Start. Der US-Technologiekonzern Apple steht immer mehr unter Druck, sein Wachstum mit weiteren Innovationen zu befeuern. Der Konzern verdient vor allem mit dem iPhone Geld – aber der Smartphone-Markt ist zunehmend gesättigt. Weder Apple noch Beats wollten sich zu der möglichen Übernahme äussern, über welche die «Financial Times» berichtet hatte.

SBB wählen Stadler-Prunkstück



Der neu entwickelte EC250 von Stadler Rail überzeugte die SBB.

PD

BAHN Stadler-Rail-Chef Peter Spuhler erklärt, was der neue Auftrag der SBB für sein Unternehmen bedeutet, und sagt, was er von einer Rückkehr in die Politik hält.

INTERVIEW THORSTEN FISCHER
wirtschaft@luzernerzeitung.ch

Peter Spuhler, Sie haben einen neuen Milliardenauftrag in den Stadler-Rail-Büchern. Wie geht es Ihnen?

Peter Spuhler*: Wir freuen uns riesig, dass wir uns durchsetzen konnten – namentlich gegenüber einer starken internationalen Konkurrenz. Endlich wieder einmal. Beim SBB-Grossauftrag vor vier Jahren, bei den Doppelstöckern für den Fernverkehr, hatten wir uns eine blutige Nase geholt. Im eigenen Land tat das damals natürlich doppelt weh.

Was bedeutet der jetzige Auftrag strategisch und technisch?

Spuhler: Neue Segmente zu erschliessen, war ein Entscheid, der 2011 beschlossen wurde. Damals verschärfte sich nicht nur die Schuldenkrise vieler Staaten. Aus-

Neuer Auftrag

BERN sda. Der Schienenfahrzeug-Hersteller Stadler Rail hat sich einen Milliardenauftrag gesichert: Die SBB kaufen von dem Thurgauer Unternehmen 29 Eurocity-Züge für den Nord-Süd-Verkehr. Das Auftragsvolumen beträgt rund 980 Millionen Franken. Die Züge sollen schrittweise ab 2019 eingesetzt werden und zuerst zwischen Basel/Zürich und Mailand verkehren. Sie fahren bis zu 250 Stundenkilometer schnell und verfügen über je 800 Sitzplätze.

Alstom zog den Kürzeren

Neben dem Kauf der 29 Züge sichern sich die SBB vertraglich auch eine Option für bis zu 92 weitere Züge. Damit soll das Angebot am Gotthard verbessert werden. Bis ins Jahr 2025 dürfte sich die Zahl der Reisenden mehr als verdoppeln, teilten die SBB gestern mit. Heute fahren täglich rund 9000 Personen durch den Gotthard. Die SBB hatten den Auftrag im April 2012 ausgeschrieben.

schreibungen wurden verschoben oder abgesagt. Zusätzlich nahmen die Währungsverwerfungen zu, die Probleme mit dem starken Franken wurden immer grösser. Eines der neu anvisierten Marktsegmente war deshalb das Metro-Geschäft. Dort konnten wir letztes Jahr den Auftrag aus Berlin gewinnen. Das zweite Segment ist der IC-Verkehr mit der Höchstgeschwindigkeit bis zu 250 Kilometern pro Stunde. Dass wir hier mit unserem Zug bei den SBB nun überzeugen konnten, ist für die weitere Entwicklung dieses Segments sehr bedeutsam.

Und auch der Auftragsbestand sieht ja spätestens jetzt deutlich besser aus.

Spuhler: Der grosse Absturz fand ja im Jahr 2012 statt. Als bei einem Umsatz von 2,4 Milliarden Franken gerade einmal neue Aufträge von 720 Millionen Franken hereinkamen. Dass dies mittelfristig für die Auslastung problematisch sein würde, lag auf der Hand. Nun hat sich die Lage aber entschärft.

Als Stadler Rail in der Krise steckte, kehrten Sie als Nationalrat Bundesbern den Rücken, um voll für die Firma da zu sein. Jetzt läuft es für das Unternehmen wieder rund. Könnte man jetzt daraus folgern: Es zieht Sie zurück in die Politik?

Spuhler: (lacht) 2012 war es selbstverständlich, dass ich meine politischen Ambitionen der unternehmerischen Verantwortung bei Stadler Rail unterordnete. Jetzt daraus den Umkehrschluss ziehen, dass ich zurück in die Politik gehe, kann man aber nicht.

Wie sieht es mit der operativen Führung des Unternehmens aus? Machen Sie sich hier schon Gedanken, wie ein Rückzug in einigen Jahren aussehen könnte?

Spuhler: Natürlich werde auch ich nicht jünger. Unsere aktuelle Führungsriege ist zwischen 55 und knapp 60 Jahre alt. Da macht man sich natürlich Gedanken zur langfristigen Nachfolge. Teilweise sind wir in Teilbereichen daran, diese Fragen zu klären. Schritt für Schritt. Aber das erfolgt unabhängig von der jeweiligen Auftragslage.

HINWEIS



* Peter Spuhler (55) ist Chef von Stadler Rail und ehemaliger Nationalrat der SVP.

ANZEIGE

GEFRAGTE NEBENWERTE



«Lesen Sie in unserer Kundeninformation Check-Up (www.reichmuthco.ch), wie wir seit vielen Jahren in Schweizer Nebenwerte investieren.»

Patrick Erne, CFA

PRIVATBANKIERS

REICHMUTH & CO
INTEGRALE VERMÖGENSVERWALTUNG

CH-6000 LUZERN 7 RÜTLIGASSE 1 +41 41 249 49 49
CH-8002 ZÜRICH TÖDISSTRASSE 63 +41 44 299 49 49
www.reichmuthco.ch

Tiefe Zinsen als Chance und Risiko für die Gemeinden

In den letzten Wochen hat in der Zentralschweiz eine Gemeinde nach der anderen ihren Rechnungsabschluss veröffentlicht. Dabei zeigt sich ein durchgezogenes Bild: Einige Gemeinden berichten über deutlich bessere Abschlüsse als budgetiert, andere warten mit schlechteren Zahlen auf. Allgemein spitzt sich die Finanzlage der Gemeinden eher zu, und es besteht die Gefahr, dass die Verschuldung vieler Gemeinden steigt. In diesem Umfeld lohnen sich Überlegungen darüber, welchen Einfluss die tiefen Zinsen auf die Finanzsituation der Gemeinden haben und welche Risiken den Gemeinden bei einem Anstieg der Verschuldung und des Zinsniveaus drohen.

Die Fremdfinanzierung der Gemeinden erfolgt grösstenteils mit Darlehen, die eine feste Laufzeit und feste Verzinsung haben. Wie Studien der Hochschule Luzern zeigen, haben der Abbau der Verschuldung und die anhaltende Tiefzinsphase in den letzten Jahren die Gemeinden finanziell entlastet. Bei den untersuchten 212 mittelgrossen Gemeinden in der Deutschschweiz mit einem Finanzierungsvolumen von rund 4 Milliarden Franken ist die Durchschnittsverzinsung der Festzinsdarlehen von 3,5 Prozent im Jahre 2003 auf 2,1 Prozent im Jahre 2013 gesunken. Im Kanton Luzern konnten alle Gemeinden zusammen zwischen den Jahren 2002 und 2012 ihre langfristigen Schulden um einen Drittel reduzieren,

nämlich von 2,2 auf 1,4 Milliarden Franken. Da gleichzeitig die Durchschnittsverzinsung der Schulden sank, konnten sie ihren Zinsaufwand halbieren, von 88 auf 44 Millionen Franken. Diese Entlastung entspricht etwa 4,5 Prozent der Steuereinnahmen und ist natürlich hoch willkommen.

AUSSICHTEN

Die Bonität der meisten Gemeinden kann als sehr gut eingeschätzt werden. Deshalb können die Gemeinden zu sehr günstigen Konditionen Kredite aufnehmen, und sie können auch institutionelle Investoren als Finanzierungspartner gewinnen. Zwei Drittel des Finanzierungsvolumens stammen bei den analysierten mittelgrossen Gemeinden von Banken. Der restliche Drittel wird von der Suva, vom AHV-Ausgleichsfonds sowie von Pensionskassen und Versicherungen beigesteuert. Bei den Bankfinanzierungen stammt je ein Drittel des Finanzierungsvolumens von den Kantonalbanken und von der Postfinance. Als Folge des intensiven Wettbewerbs im Markt für Gemeindefinanzierungen liegen die Zinsmargen im Durchschnitt nur gerade bei 20 Basispunkten oder 0,2 Prozent. Die Gemeinden können nicht nur vom tiefen Zinsniveau profitieren, sondern auch vom Kampf der Banken und institutionellen Anleger um gute Risiken.

Dank den günstigen Zinskonditionen haben die Gemeinden heute eine tiefe Zinsbelastung, und sie können den sich abzeichnenden Finanzierungsbedarf kostengünstig decken. Mittel- und längerfristig drohen allerdings Gefahren, wenn sich das Zinsniveau stark erhöhen sollte. Dann würde die Durchschnittsverzinsung der Gemeindefinanzierung unweigerlich ansteigen, und die Gemeinden würden durch die zu erwartenden höheren Finanzierungsvolumen und die steigenden Finanzierungskosten stark belastet. Bei einem Gesamtvolumen der Schulden der Schweizer Gemeinden von etwa 47 Milliarden Franken könnte ein Anstieg der durchschnittlichen Finanzierungskosten um 1 Prozent gegen eine halbe Milliarde Franken mehr Zinsaufwand bedeuten.

Mit einem geschickten Zinsmanagement können die Gemeinden die Auswirkungen steigender Zinsen reduzieren oder verzögern. So staffeln die meisten Gemeinden die Laufzeit ihrer Darlehen auf der Zeitachse, und sie wählen bei der Finanzierung lange Laufzeiten. Diese betragen bei den analysierten mittelgrossen Gemeinden aktuell etwa acht Jahre. Entsprechend würde ein Anstieg des Zinsniveaus erst mit einer längeren zeitlichen Verzögerung voll auf die Finanzierungskosten durchschlagen.



Die von den Gemeinden gewählten langen Laufzeiten für die Finanzierung verursachen allerdings Opportunitätskosten. Denn eine Alternative dazu wären sogenannte feste Vorschüsse mit Laufzeiten unter einem Jahr. Diese wären aktuell rund 1 Prozent günstiger zu haben als Festzinsdarlehen mit zehn Jahren Laufzeit. Die untersuchten mittelgrossen Gemeinden mussten Ende 2013 ihre festen Vorschüsse im Durchschnitt nur gerade mit 0,4 Prozent verzinsen. Es gibt also einen Zielkonflikt zwischen der Einsparung von Zinskosten durch möglichst kurzfristige Finanzierung und der Absicherung gegen steigende Zinsen durch Darlehen mit möglichst langen Laufzeiten.

Da die Entwicklung der Zinsen nur schwierig vorausgesagt werden kann, müssen die Finanzvorsteher bei der Finanzierung einen besonnenen und pragmatischen Weg wählen, der die künftigen Finanzierungsbedürfnisse der Gemeinde berücksichtigt und die Finanzierungskosten im langfristigen Durchschnitt weiterhin tief hält, ohne zu grossen Risiken bei einem überraschend starken Zinsanstieg ausgesetzt zu sein.

CHRISTOPH LENGWILER

HINWEIS

Christoph Lengwiler (54) ist Professor und Leiter des Instituts für Finanzdienstleistungen Zug IFZ der Hochschule Luzern – Wirtschaft.